

Protokoll

Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

06.12.2016 (letzte Sitzung: 02.11.2016)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	12:06 Uhr 13:35 Uhr	
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Kaske Präs Blauensteiner VP Kniezanrek VP Stein VP Steinkellner VP Anderl Brantner Fetik Foglar Ledwinka Rudolph Suchl Teiber Zweiler Pörtl Rasch Rösch Schütz Paiha	(entschuldigt) (entschuldigt) (entschuldigt) (entschuldigt) (entschuldigt)
Beratend	Klein Dir Aschauer-Nagl BL Bröthaler BL Kubitschek DirStv Kundtner DirStv Trenner BL	(entschuldigt)
Vom Büro	Pezenka Mitterlehner Marcon (Betriebsrat) Mulley (Protokoll) Kallab (Betriebsrat)	(entschuldigt)

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 06.12.2016

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.11.2016

2 Beschlüsse

- 2.1 Personalplan 2017
- 2.2 Bilanzprüfung 2016
- 2.3 Zuweisung der Anträge der 167. Vollversammlung am 14.11.2016
- 2.4 Änderungen in den Ausschüssen
- 2.5 Änderungen in den Fachausschüssen
- 2.6 Fachausschussmittel 1. Quartal 2017
- 2.7 Subventionen 2016
- 2.8 Mitgliedsbeiträge 2016

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske

3.2 Bericht des Direktors – Klein

- 3.2.1 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Arbeits- und Sozialrechtliche Tagung 2016
- 3.3.2 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 AK-Modell Chancen Index für Schulen
- 3.4.2 Schulautonomiepaket
- 3.4.3 Empfang der NeulehrerInnen
- 3.4.4 Bildung für eine digitalisierte Lebenswelt
- 3.4.5 Studierenden-Sozialerhebung: Studentische Erwerbstätigkeit
- 3.4.6 Qualität und Mehrsprachigkeit im Kindergarten
- 3.4.7 Linienkreuz U5/U2
- 3.4.8 Wiener Struktur- und Ausgabenreform (WiStA)
- 3.4.9 Verbraucher- und Datenschutz bei vernetzten Autos
- 3.4.10 Aktueller Bericht

3.5 Information - Bröthaler

- 3.5.1 Seminarprogramme 2017
- 3.5.2 SOZAK Diskussionsveranstaltung „USA nach den Wahlen“
- 3.5.3 Veranstaltungsbericht: „Die Zukunft der Arbeit – Bestimmt mit uns!“ Strategien und Optionen für die Betriebliche Mitbestimmung
- 3.5.4 Kooperationsveranstaltung AK (Abteilungen: Arbeitsmarkt und Integration, Sozialpolitik, Wirtschaftswissenschaft, Leitung Information), den Jugendorganisationen von DGB und ÖGB, sowie der Hans Böckler-Stiftung und Uni-Wien
- 3.5.5 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Oktober 2016, November 2016 →Tischvorlage
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – Oktober 2016
- 3.6.3 Ministerratsvortrag Wirtschaft und Arbeit
- 3.6.4 Registrierung Gesundheitsberufe
- 3.6.5 Aufgabenorientierung in der Elementarbildung
- 3.6.6 Veranstaltungen
- 3.6.7 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 Verhandlungsstand zur Einführung der Finanztransaktionssteuer
- 3.7.2 Studie Budgetdienst: Umsetzung der Konsolidierung in Österreich 2011-2014
- 3.7.3 Gewerbeordnungsnovelle 2016
- 3.7.4 Bericht 1. europäische Konferenz gewerkschaftsnaher ÖkonomInnen
- 3.7.5 Pressekonferenz: Für Bahn-PendlerInnen muss mehr drin sein
- 3.7.6 Fahrplanwechsel – AK Pendlertag
- 3.7.7 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 06.12.2016 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.11.2016

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.11.2016.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 02.11.2016 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Personalplan 2017

Klein berichtet, dass der Personalplan 2017 in Vollzeitäquivalenten 11,5 Stellen zusätzlich vorsieht. Davon beruhen sechs Stellen auf früheren Beschlüssen, sodass der Zuwachs 5 1/2 Stellen betrifft. Der Direktor begründet die Personalaufstockung wie folgt: Für eine optimale Aufgabenerfüllung der Abteilungen des Zentralbereichs müssen diese untereinander und mit dem Haus besser koordiniert und vernetzt sowie Spielregeln und Standards für die Serviceerbringung entwickelt werden. Ebenso soll die Entwicklung der internen Organisation durch die Einführung einer Organisationsentwicklung, weiterer Digitalisierung, der Verbesserung des Projektmanagements sowie den Ausbau des Wissensmanagements entscheidend verbessert werden, wobei es auch zu internen Ablaufvereinfachungen kommen soll. Zur Umsetzung dieser Ziele – verstärkte Kooperation im und mit dem Zentralbereich und ganz generell Organisationsentwicklung – sind im Rahmen des Personalplans 2017 drei Stellen vorgesehen, die in der Abteilung DP (Direktion und Präsidium) angesiedelt werden. In diesem Zusammenhang wird die Abt. DP zur Abteilung DPOE – also Direktion, Präsidium und Organisationsentwicklung – und erhält eine Leitung. Weiters werden auf der Grundlage des WEBO-Projekts (Weiterentwicklung Beratungsorganisation) zwei BeraterInnen-Stellen in der Abteilung Arbeitsrecht geschaffen, womit Überstunden und Urlaubsüberhänge abgebaut werden. Für die anstehende Registrierung und Servicierung der Gesundheitsberufe sind im Personalplan drei Stellen erhalten. Die 28 MitarbeiterInnen umfassende IT-Abteilung soll eine/n Abteilungsleiter-Stellvertreter/In erhalten. Abschließend ersucht der Direktor auch den "Vorratsbeschluss" zu fassen, dass der Personalplan gegen Bericht im Vorstand unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation um weitere Personen aufgestockt werden kann, wenn ein erhöhter Personalbedarf a) bei der Registrierung der Gesundheitsberufe, b) durch einen verstärkten und effektiveren Einsatz von Multimedia und Social-Media in Zusammenhang mit dem Projekt zum digitalen Wandel sowie c) bei einer verstärkten Kooperation mit dem ÖGB gegeben ist.

Personalplan 2015 in Vollzeitäquivalenten	
Bereiche	Personal in VZÄ
Beratung	139,185
Bildung	85,125
Information	56,225
Soziales	77,750
Wirtschaft	70,450
Zentrales	157,050
Summe*	585,785

Personalplan 2016 in Vollzeitäquivalenten	
Bereiche	Personal in VZÄ
Beratung	142,185
Bildung	82,150
Information	56,675
Soziales	77,425
Wirtschaft	70,075
Zentrales	154,400
Summe*	582,910

Personalplan 2017 in Vollzeitäquivalenten	
Bereiche	Personal in VZÄ
Beratung	144,385
Bildung	83,550
Information	56,125
Soziales	78,325
Wirtschaft	72,075
Zentrales	159,950
Summe*	594,410

Zuwachs		
Umsetzung Vorsorgebeschluss aus dem Vorjahr (Registrierung Gesundheitsberufe)	+3	+2 im Sozialbereich +1 im Zentralbereich/IT
nicht nachhaltige Besetzungen	+1	vorzeitige (überlappende) Nachbesetzung
aus dem BAK-Budget finanzierte Stellen	+2	Entsendung Nationaler Experte 1 weitere Wiener Kollegin im BAK-Büro Brüssel
echter Zuwachs	+10,35	zB 2 BeraterInnen auf Basis Beratungsprojekt; Einführung OE; ALStv IT
Stellenreduktion	-4,85	zB 1 Leitung Soziales; 1 Betriebsratsfondsrevision; 1,250 Reinigung

Ergänzender Beschluss:

Der Personalplan kann gegen Bericht im Vorstand unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation um weitere Personen aufgestockt werden, wenn aus folgenden Gründen erhöhter Personalbedarf gegeben ist:

- Registrierung der Gesundheitsberufe
- verstärkter und effektiverer Einsatz von Multimedia und Social Media in Zusammenhang mit dem Projekt zum digitalen Wandel
- verstärkte Kooperation mit dem ÖGB

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt den oben angeführten Personalplan 2017 inkl. des „ergänzenden Beschlusses“ über eine allfällige Aufstockung.
→ einstimmig angenommen

* exkl. Altersteilzeit-Freizeitphase, Karenzierte, Lehrlinge, Aufnahmen fürs Wahlbüro, 2,375 BAK-Büro Brüssel (Sur Place), 2 BAK-Refundierte (AK-Portal), 1 VKI-Refundierter und PraktikantInnen

2.2 Bilanzprüfung 2016

Der Rechnungsabschluss 2015 wurde erstmals gemeinsam von der Consultatio Wirtschaftsprüfung GmbH & Co KG und der BF Consulting Wirtschaftsprüfungs-GmbH geprüft. Die gemeinsame Prüfung im Sinne einer doppelten Kontrolle hat sich aus AK-Sicht sehr bewährt.

Von der Consultatio Wirtschaftsprüfung GmbH & Co KG und der BF Consulting Wirtschaftsprüfungs-GmbH wurde zugesagt, den Rechnungsabschluss 2016 gemäß § 18 Abs 2 der HO (§ 70 Abs 1 AKG 1992) gemeinsam zu prüfen, sowie einen Prüfbericht und ein Testat zu erstellen.

Als Honorar wird ein Pauschalpreis in der Höhe von € 29.900,- zuzüglich 20 % USt vereinbart.

Gemäß § 18 Abs 2 HO wird der Abschlussprüfer vom Vorstand vor Ablauf des Jahres bestellt, für das der zu prüfende Rechnungsabschluss erstellt wird.

Auf Nachfrage von **Paiha** erklärt **Klein**, dass sich die aus einer Befangenheitscausa voriges Jahr entstandene Kooperation der beiden Wirtschaftsprüfungsbüros sehr bewährt hat. Es sind nun beide mit der AK Haushaltsordnung bestens vertraut, sodass es nur ein Vorteil für die AK ist, diese Kooperation der beiden Unternehmen fortzusetzen.

Beschluss:

Der Vorstand beauftragt gemäß § 18 Abs 2 der HO (§ 70 AKG 1992) die Consultatio Wirtschaftsprüfung GmbH & Co KG und die BF Consulting Wirtschaftsprüfungs-GmbH gemeinsam den Rechnungsabschluss 2016 zu prüfen, sowie einen Prüfbericht und ein Testat zu erstellen.

→ einstimmig angenommen

2.3 Zuweisung der Anträge der 167. Vollversammlung am 14.11.2016

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Zuweisung der Anträge der 167. Vollversammlung am 14.11.2016 an die Ausschüsse wie folgt:

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungs- ergebnis	Ausschusszuweisung
Gem. Resolution	DR R01	Rechtsstaatlichkeit achten - Ausnahmezustand aufheben - Oppositionelle und Journalist:innen freilassen	Annahme mehrheitlich	EU und Internationales
FSG	DR01	Unfairer Trick: des Arbeitgeberverbandes - Kollektivvertrag muss gesetzt werden können	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	R01	Einen Arbeitsmarkt für alle möglich machen - Arbeitslosigkeit rasch um 100.000 Betroffene verringern	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
FSG	R02	Integration vom ersten Tag an: Asylwerber:innen sinnvolle Tätigkeiten ermöglichen	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
FSG	1	Crowdwork - Mehr Rechte für Crowdworker:innen	Annahme einstimmig	Wirtschaftspolitik
FSG	2	Mitbestimmung 4.0 - Den Digitalen Wandel aktiv mitbestimmen und mitgestalten	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	3	Digitale Kompetenzen für erfolgreiche Teilhabe in der digitalisierten Lebens- und Arbeitswelt	Annahme einstimmig	Bildung u Kultur
FSG	4	Klare Rahmenbedingungen zum automatisierten Fahren	Annahme mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
FSG	5	Sozialstaat stärken und progressiv weiterentwickeln	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	6	Gewerbeordnungsreform - Rechte von Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen sichern	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	7	Faire Bundeszuschüsse zur Krankenversicherung der Pensionist:innen für alle Berufsgruppen (Hörsätze)	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	8	Arbeiterkammer fordert angemessene Heilmittelpreise	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	9	Der Bundesbeitrag zu den Pensionen ist das Fundament für unser soziales und nachhaltiges Pensionssystem	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FSG	11	Gerechte Verteilung von Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern unterstützen	Annahme mehrheitlich	Frauen- und Familienpolitik
FSG	12	Elementarbildung als öffentliche Aufgabe	Annahme mehrheitlich	Frauen- und Familienpolitik
FSG	13	Mietrechtsreform Jetzt!	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
FSG	14	Mehr zielgerichteter Wohnbau in Wien	Annahme mehrheitlich	Kommunal- u Regionalpolitik
FSG	15	Maßnahmen für eine längere Lebens- und Nutzungsdauer von Produkten	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
FSG	16	Stoppen der Altersanhebung bei der Seniorenmäßigung im ÖV bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter	Annahme einstimmig	Verkehr u Tourismus
FSG	18	Die AK bleibt CETA-kritisch	Annahme mehrheitlich	EU u Internationales
ÖAAB/FCG	4	Erhöhung des Steuerfreibetrags für Essengutscheine	Annahme einstimmig	Finanzpolitik
ÖAAB/FCG	5	Abschaffung der kalten Progression	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
ÖAAB/FCG	6	Reform ArbZG: Verlängerung der Funktionsperiode des Betriebsrates auf 5 Jahre und der Bildungsfreistellung auf 4 Wochen	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	7	Pflegefreistellung für nahe Angehörige - unabhängig vom gemeinsamen Haushalt	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	8	Pensionswirksame Anrechnung von 4 Jahren Kindererziehungszeit pro Kind	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
ÖAAB/FCG	9	Reform BR-Wahlordnung: aktives Wahlrecht ab 16 Jahren und Reduktion der Unterstützungsunterschritten	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	10	Gesetzliche volle Anrechnung von Kinderkarenzenzeiten als Dienstzeiten	Annahme einstimmig	Frauen- u Familienpolitik
ÖAAB/FCG	13	Reform des Ausgleichszulagenrechts	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
FA	4	Nein zum 12-Stundenlag	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FA	5	Gurtanoffensive	Annahme mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
FA	7	Änderung Dienstfreistellung für Ehrenamt	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	R01	Kein Zurückdrängen der Kollektivverträge - Keine Schwächung der Arbeitnehmer:innen und ihrer Gewerkschaften!	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	1	Einführung Wertschöpfungsabgabe	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
AUGE/UG	2	Mindestsicherung	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik; Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	3	Arbeitsmarktintegration	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
AUGE/UG	5	Rezeptgebührenobergrenze	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
AUGE/UG	7	Quote in BRAK und SOZAK	Zuweisung mehrheitlich	Vorstand
AUGE/UG	8	Lehre nach dem 18. Lebensjahr	Annahme mehrheitlich	Jugendschutz u Lehrlingswesen

GA	1	Volksbegehren gegen TTIP, CETA, TISA	Zuweisung mehrheitlich	EU u internationales
GA	8	Probeführerschein Verlängerung	Annahme mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
GA	10	Notbavormung	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
GA	12	ÖlMV Gasnetz	Zuweisung einstimmig	Wirtschaftspolitik
LP	1	CETA- Öffentliche Dienstleistungen der Grundversorgung	Annahme mehrheitlich	EU u internationales
LP	2	Erhöhung der GIS Gebühren	Zuweisung mehrheitlich	Vorstand
ARGE	2	Krankenpflegegesetz Bachelorpflegepersonen	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
GLB	1	Ausdehnung des Kündigungs- und Entlassungsschutzes für Mitglieder eines Betriebsrates nach Beendigung ihrer Funktion	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
GLB	2	Arbeitsbekämpfung durch Ausbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
GLB	3	§ Urlaubswache für alle	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
GLB	4	Erhöhung der Körperschaftsteuer sowie eine Abschaffung der Gruppenbesteuerung	Zuweisung einstimmig	Finanzpolitik
GLB	5	CETA und TTIP	Annahme mehrheitlich	EU u internationales
GLB	6	einheitlichen Branchenkollektivvertrag für Postdienstleistungen	Annahme mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
KOMMITTEE	1	Abschaffung von „feilen Dienstverträgen“	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
KOMMITTEE	2	Klares Nein zu Dumping-Arbeitsverhältnissen	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
KOMMITTEE	4	Bedarfsorientierte Mindestsicherung muss armutsfest sein	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
BDFA	1	menschliche Asylpolitik	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
BDFA	2	Bekämpfung der Rassendiskriminierung	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
Gem. Anträge	1	Gesundheits- und Krankenpflegegesetz: Aufschulungen auf Kosten der Dienstgeber und Verbesserung der Durchlässigkeit der Ausbildung	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
Gem. Anträge	2	KundInnenfreundliche Anpassungen im neuen VOR-Tariffsystem	Annahme einstimmig	Verkehr u Tourismus
Gem. Anträge	3	European Medicine Agency (EMA)	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitswesen
Gem. Anträge	4	Rücknahme der Verschärfungen bei Wohnungsvergaben	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
		Anmerkung: Tursals war bei der VM nicht anwesend und hat nicht abgestimmt.		

→ einstimmig angenommen

TOP 2.4 Änderungen in den Ausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Ausschuss 1

Allgemeine Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik

neues Mitglied

Schaller Christian

FSG

anstelle: Schuh Franz

neues kooptiertes Ersatzmitglied

Demircioglu Musa

LP

anstelle: Vural Ümit

Ausschuss 2

Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes

neues Ersatzmitglied

Graf Angela

FSG

anstelle: Fuchs Manfred

Ausschuss 4

Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration

neues Ersatzmitglied

Schaller Christian

FSG

anstelle: Schuh Franz

neues kooptiertes Mitglied

Gündogan Alaattin

LP

anstelle: Arslan Mehmet

neues kooptiertes Ersatzmitglied

Uyar Yusuf

LP

anstelle: Vural Ümit

Ausschuss 6

Bildung und Kultur

neues kooptiertes Ersatzmitglied	Gündogan Alaattin	LP	anstelle: Erbay Abdullah
----------------------------------	-------------------	----	--------------------------

Ausschuss 11

Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik

neues kooptiertes Ersatzmitglied	Demircioglu Musa	LP	anstelle: Arslan Mehmet
----------------------------------	------------------	----	-------------------------

Ausschuss 10

Kommunal- und Regionalpolitik

neues Mitglied	Wadsack Andrea	FSG	anstelle: Kattnig Thomas
----------------	----------------	-----	--------------------------

Ausschuss 16

Wirtschaftspolitik

neues Ersatzmitglied	Schaller Christian	FSG	anstelle: Schuh Franz
neues kooptiertes Ersatzmitglied	Demircioglu Musa	LP	anstelle: Erbay Abdullah

→ einstimmig angenommen

TOP 2.5 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Tischler und verwandte Berufe (Gew.Bau-Holz)

Mitglieder neu

Michael Tutschek (vormals Ersatzmitglied)
Carsten Mißmahl (vormals Ersatzmitglied)
Walter Holler (vormals Ersatz)

Mitglieder ausgeschieden

Erich Weilguni
Martin Kolarz
Manfred Danzinger

Ersatzmitglieder neu

Martin Hirnschal
Heinz Macas
Klaus Frotzbacher

Ersatzmitglieder ausgeschieden

Franz Holzschuh
Heinz Kara
Michael Tutschek
Carsten Mißmahl
Walter Holler

FA HausbesorgerInnen/HausbetreuerInnen (Gew.VIDA)

Mitglied neu

Anita Weichhart

Mitglied ausgeschieden

Elisabeth Manninger

FA Gartenbau und Floristik (Gew.PRO-GE)

Ersatzmitglieder neu

Ulrike Moosbrugger
Dominik Grasböck

→ einstimmig angenommen

TOP 2.6 Fachausschussmittel 1. Quartal 2017**Beschluss:****Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Fachausschussmittel für das 1. Quartal 2017:**

Fachausschuss	Betrag
Handel, Verkehr, Fremdenverkehr	34.500,00
Gewerbe und Industrie	28.125,00
Geld, Kredit, Versicherungen	13.800,00
Werbung, Marketing, Kommunikation,...	6.000,00
Erwachsenenbildung, Erziehung,...	6.000,00
Graphische u. Papierverarb. Gewerbe	15.900,00
youunion _ Die Daseinsgewerkschaft	3.000,00
Bauhauptgewerbe	17.025,00
Bauhilfsgewerbe	12.300,00
Maler und Anstreicher	11.052,00
Pflasterer	4.200,00
Steinarbeiter	3.810,00
Hafner, Fliesenleger, Rauchfangkehrer	4.752,00
Tapezierer	8.505,00
Tischler	12.900,00
Bedienstete der Privatkrankenanstalten	6.975,00
Friseure und Kosmetiker	17.850,00
Denkmal-, Fassaden-, Gebäudereiniger	6.000,00
HausbesorgerInnen, HausbetreuerInnen	6.300,00
Soziale Dienste	4.350,00
Gastronomie	7.602,00
Hotel- und Beherbergungsbetriebe	9.000,00
Heime, Internate	5.250,00
Schiene	6.000,00
Bewachung und Sicherheit	5.250,00
ArbeiterInnen im Handel und Transport	4.500,00
Gartenbau und Floristik	7.500,00

Bäcker	6.000,00
Fleischer	5.250,00
Getränke	6.000,00
Zuckerbäcker	11.700,00
Chemie	7.305,00
Metall- und Orthopädietechnik	8.520,00
Sanitär, Heizung u. Lüftungstechnik	16.050,00
Spengler und Kupferschmiede	8.400,00
Elektrotechniker, Gürtler, Graveure	8.100,00
Mechaniker	10.950,00
Textil	4.200,00
Bekleidung	4.200,00
Schuh - Leder	4.200,00
Berufskraftfahrer	21.000,00
Gesundheitsberufe	26.250,00
SUMME:	416.571,00

→ einstimmig angenommen

TOP 2.7 Subventionen 2016**Beschluss:**

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subventionen für das Jahr 2016:

Nr	Antragsteller	gefördert 2015	neuer Antrag 2016	Beschluss-
1	Verein christliches Vereinshaus	€ 15.000,00	€ 15.000,00	€ 15.000,00
Angenommen ☒		Einstimmig ☒		Mehrstimmig ☐
				Ablehnung ☐

TOP 2.8 Mitgliedsbeiträge 2016**Beschluss:**

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgenden Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2016:

Nr	Organisation	Beitrag für 2015	Beitrag für 2016	Beschluss
1	Austrian Oracle User Group (AOUG)	€ 238,00	€ 258,00	€ 258,00
Angenommen ☒		Einstimmig ☒		Mehrstimmig ☐
				Ablehnung ☐

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske

Eingangs berichtet **Kaske**, dass er dem designierten Bundespräsidenten zu seiner Wahl gratuliert hat und auf eine gute Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern aber auch auf die Unterstützung durch die Sozialpartner hingewiesen hat. Denn es gehe um das Wohl der Menschen, die Wahrung des sozialen Friedens und das Anbieten erfolgsversprechender Perspektiven für die Zukunft. Eingehend auf Internationales erwähnt der Präsident, dass in ihrem Länderbericht zu Österreich die EU Kommission darauf hin weist, dass der Privatkonsum der Hauptantrieb für die positivere konjunkturelle Entwicklung sei, gestützt durch die Steuerreform, die die Einkommen der Haushalte erhöht habe. Der Aufwärtstrend des Landes seit 2015 habe beibehalten werden können. Allerdings hätten sich die Exporte im ersten Halbjahr 2016 schwach entwickelt. Einen positiven Trend zeigt die Herbstprognose beim Budgetdefizit. Es soll 2017 mit 1,3 Prozent geringer ausfallen als noch im Frühjahr erwartet (1,4 Prozent). Für das laufende Jahr wird das Haushaltsdefizit für Österreich mit 1,5 Prozent demnach gleichbleiben. Für 2018 wird ein weiteres Absinken des Haushaltsdefizits auf 1,1 Prozent des BIP prophezeit. Für die gesamte EU sieht die Kommission unter anderem bei den Arbeitslosenzahlen einen Grund zur Hoffnung. Der OECD Länderbericht weist darauf hin, dass das aktuell niedrige Zinsniveau Spielraum für die Steuerpolitik eröffnet, der dafür genutzt werden sollte, um öffentliche Ausgaben für Kinderbetreuung und Bildung sowie den Ausbau der Breitbandinfrastruktur zu erhöhen. 2016 sei das Wirtschaftswachstum dank Steuerreform, anziehenden Investitionen und der Schaffung neuer Jobs angesprungen. Diese Faktoren dürfen auch 2017 und in geringerem Ausmaß 2018 das Wachstum unterstützen. Sollte der Welthandel anspringen, könnte das Wachstum sogar noch stärker ausfallen. Die OECD geht heuer wie 2017 von 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum aus, 2018 sollen es dann nur mehr 1,3 Prozent sein. Die Statistik Austria teilte mit, dass die österreichische Bevölkerung derzeit jährlich um rund ein Prozent wächst. Grund dafür ist in erster Linie die verstärkte Zuwanderung nach Österreich, wobei ein guter Teil davon derzeit auch auf asylwerbende Personen entfällt. Im Jahr 2015 wurden demnach insgesamt 214.400 Zuwandernde und 101.300 Abwandernde registriert, was einem Wanderungsgewinn von 113.100 Personen entsprach. Der Saldo aus Geburten und Sterbefällen ergab einen geringen Geburtenüberschuss von 1.300 Personen. Im Jahresdurchschnitt 2015 betrug die Bevölkerungszahl Österreichs 8,63 Mio. Einwohner. Gegen Ende des Jahres 2020 wird Österreich gemäß Vorausschätzung die Neun-Millionen-Marke überschreiten. In weiterer Folge sollte Österreich im Jahr 2030 bereits 9,43 Mio. Einwohner zählen, um neun Prozent mehr als 2015.

Der Präsident informiert weiter, dass laut einer dem STANDARD vorliegenden Analyse Ausländer 2015 etwa 5,3 Milliarden Euro, das sind 9,5 Prozent aller Sozialbeiträge, eingezahlt, aber nur 3,7 Milliarden bzw. 6,1 Prozent der Leistungen herausbekommen haben. Bei den österreichischen Staatsbürgern dreht sich das Verhältnis um: Sie haben 50,5 Milliarden eingezahlt, aber 57,6 Milliarden erhalten.

Kaske berichtet, dass im Rahmen einer Veranstaltung mehr als 250 ArbeitnehmervertreterInnen mit der Wissenschaft das Thema „Zukunft der betrieblichen Mitbestimmung“ diskutierten. Industrie 4.0, Big Data, Künstliche Intelligenz sind alles Schlagworte, die die Arbeitswelt in Zukunft wesentlich bestimmen werden. Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei nicht auf der Strecke bleiben, muss auch die Mitbestimmung in den Unternehmen weiterentwickelt und festgeschrieben werden, betont der Präsident. In einer Pressekonferenz wurde zusammen mit dem BMVIT (BM Leichtfried), IV Präsident Kapsch und TU-Rektorin Seidler ein Maßnahmenpaket für Industrie 4.0 in Wien Aspern vorgestellt, um den Umstieg der heimischen Wirtschaft auf die digitalisierte und automatisierte

Produktion zu unterstützen. Das Paket beinhaltet unter anderem jährliche Forschungsförderungen in der Höhe von 185 Millionen Euro, Ausschreibungen für neue Pilotfabriken, Stiftungsprofessuren und begleitende Studien.

Am 29. Nov. 2016 wurden durch Österreichs beliebteste PflegerInnen 2016 gekürt („PflegerIn mit Herz“). Die Arbeiterkammer Österreich unterstützt heuer zum dritten Mal die Kampagne „PflegerIn mit Herz“ und das aus gutem Grund. Im Pflegebereich sind rund 46.000 ArbeiternehmerInnen vollzeitbeschäftigt – tatsächlich sind es aber viel mehr, denn der Teilzeitanteil ist sehr hoch. Darüber hinaus sind in der mobilen Pflege rund 90 Prozent Frauen, im stationären Bereich ebenfalls über 80 Prozent weibliche Arbeitnehmerinnen vertreten. **Kaske** betont, dass Pflege und Betreuung für alle Angehörigen und Beschäftigten eine große Herausforderung sind. Neben dem hohen Engagement – der Arbeit „mit Herz“ – sind aus AK Sicht eine gute Ausbildung, gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung Basis für diese schwierige Tätigkeit. Denn nur gute Arbeitsbedingungen sichern eine hohe Qualität der Betreuung und Pflege.

Erwähnenswert ist - nach **Kaske** - auch das sogenannte "EURO-Barometer", nachdem die Österreicher ihren Medien mehr als der EU-Durchschnitt vertrauen. So gaben 72% der Befragten in Österreich an, dass ihrer Ansicht nach die nationalen Medien vertrauenswürdige Informationen anbieten. EU-weit sagen das nur 53%. Als besonders zuverlässig gelten dabei in Österreich das Radio (79%, EU28: 66%), Fernsehen (77%, EU28: 55%) sowie Zeitungen (66%, EU28, 55%). Einzig soziale Medien, Blogs und Videoportale werden nur von jedem vierten Befragten in Österreich (42%, EU28: 32%) als vertrauenswürdig eingestuft. Dennoch ist die Beteiligung an Diskussionen im Internet entlang aller Altersgruppen und sozialer Schichten höher als im EU-Durchschnitt: 52% aller Befragten in Österreich geben an, dass sie Kommentare oder Artikel im Internet, Netzwerken oder Blogs posten, während es EU-weit gerade einmal 28% sind.

Nachdem der Präsident allen gewerkschaftlichen VerhandlungspartnerInnen für die KV-Abschlüsse gratuliert hat und die Schwerpunktsetzung "Arbeitsmarkt" sehr gut befunden hat, kritisiert er den Antrag der Grünen (Dunkl) zum Alkohollimit für FußgängerInnen, der negatives Echo in den Medien hervorgerufen hat. Wiewohl der Antrag ohnehin von allen anderen AK-Fraktionen abgelehnt wurde - was in den Medien auch vermerkt wurde - muss mit der Fraktion gesprochen werden, damit keine Schädigung des Ansehens der AK durch solche oder ähnliche Anträge eintritt.

Sehr erfreulich ist - betont der Präsident - dass der von der AK entwickelte "Chancenindex" für Schulen bei der Mittelverwendung getestet werde. Damit wird die Finanzierung von Schulen entlang von Kriterien wie der Alltagssprache der Kinder und dem Bildungsniveau der Eltern eruiert. Bezüglich dem VKI gibt es Chancen, dass es zu einer Finanzierung durch Bußgelder kommen könnte. Weiters macht **Kaske** auf die große Arbeitszeitkonferenz der AK Oberösterreich gemeinsam mit den Gewerkschaften gpa-djp, vida, Bau-Holz und pro-ge „Unsere Arbeit. Unsere Zeit“ am 16./17.1.2017 im Design Center Linz aufmerksam und ladet alle Anwesenden zu der Konferenz ein und ersucht für die Tagung zu werben.

Abschließend berichtet **Kaske**, dass die Bildungs- und Informationstage der AK Wien im BIZ vom 9. bis 12.11.2016 auch heuer wieder mit über 8.000 BesucherInnen ein großer Erfolg war. Gut besucht waren auch die "Wiener Stadtgespräche" am 23.11.2016. Seyran Ateş, deutsche Rechtsanwältin, war Gast von Peter Huemer und sprach über Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit zwischen politischen und religiösen Extremen.

Bezüglich der Kampagne „PflegerIn mit Herz“ macht **Paiha** darauf aufmerksam, dass die Aktion kritisch gesehen wird, weil die Arbeitsbedingungen der PflegerInnen oftmals schlecht sind und sich diese durch die Aktion auch nicht verbessern. **Kaske** gibt **Paiha** grundsätzlich Recht, betont jedoch, dass sich gerade die Gewerkschaften sehr um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bemühen, die AK nun seit drei Jahren die Aktion unterstützt, zumal sich gezeigt hat – wie über 2.000 Einreichungen beweisen –, dass die Auszeichnung für die Betroffenen eine wichtige persönliche Anerkennung darstellt.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.2 Bericht des Direktors - Klein

Klein gibt bekannt, dass nach den letzten Besprechungen im BKA in der Causa „Vergaberechtsnovelle“ auch soziale Kriterien zum Zug kommen werden.

Der Direktor erinnert, dass eines der Ziele der AK ist, die Zielgruppe Jugend in den kommenden Jahren stärker zu fokussieren. In diesem Zusammenhang wurde das Projekt „AK Young“ gestartet. Unter diesem Motto sollen die vielen erfolgreichen und bewährten Jugendaktivitäten der AK Wien zielgerichtet gebündelt werden, Synergien hausintern und mit Partnern (andere Arbeiterkammern, Österreichische Gewerkschaftsjugend und Jugendorganisationen der Teilgewerkschaften) gehoben, wo es möglich und sinnvoll erscheint, AK-Angebote an die jungen bzw künftigen Mitglieder ergänzt und ausgebaut sowie jugendgerechte Kommunikationsformen und -kanäle verstärkt genutzt werden. Ein wichtiger erster Schritt war, den optischen Auftritt der AK-Jugendaktivitäten unter dem neuen Design "AK Young" zu vereinheitlichen. Die Arbeiterkammern Niederösterreich und Kärnten haben sich bereits dieser Dachmarke angeschlossen, weitere Arbeiterkammern überlegen sich anzuschließen. Mit 1.12.2016 wurde Kollegin Lisa Sinowatz - direkt der Direktion unterstellt – als Programmkoordinatorin der AK Young-Aktivitäten bestellt.

Abschließend berichtet **Klein** über die laufende Rechnungshofprüfung der AK-Pensionen, informiert, dass der RH auf Grund der Erstellung von sogenannten "Musterkarrieren" einen Vergleich zwischen Bund etc. und AK machen wird, und bemerkt, dass es der Personalabteilung gelungen ist ein sehr gutes Gesprächsklima zu den PrüferInnen herzustellen.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.3 Beratung – Trenner

Trenner berichtet, dass die heurige Arbeits- und Sozialrechtliche Tagung am 12.10.2016 zu den Themen Umqualifizierung in Arbeitsverträge sowie zu den prozessrechtlichen Belangen der Beweislast stattfand. Die Tagung wurde von Präsident Rudi Kaske eröffnet, der auf die Wichtigkeit der Verhinderung der Umgehung von Arbeitsverträgen hinwies. Ebenso hob er den Beitrag der Sozialpartner an der Hebung der Rechtssicherheit bezüglich der Einordnung von Werk- bzw Arbeitsverträgen durch die jüngst erfolgte Einigung in Alpbach hervor. Die Veranstaltung im großen Saal des BIZ war mit 215 Personen äußerst gut besucht. Gerade die Themenmischung als auch die Qualität der Vorträge wurde vielfach lobend erwähnt. Als Nachbereitung und Einbindung einer

größeren Öffentlichkeit wird ein Tagungsband im ÖGB-Verlag erscheinen, der spätestens im Rahmen der arbeits- und sozialrechtlichen Tagung in Zell am See zur Verfügung stehen soll.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl (entschuldigt)

Kaske entschuldigt die Bereichsleiterin und verweist auf die schriftlich vorliegenden instruktiven Berichte.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Bröthaler

Bröthaler beginnt seinen Bericht mit dem Verweis auf die umfangreichen - als Tischvorlage verteilten - vier Programmhefte der Seminare für LaienrichterInnen, ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat (IFAM), der ReferentInnenakademie und über das Bildungsangebot von VÖGB und AK.

Anschließend berichtet der Bereichsleiter über eine hochinteressante Diskussionsveranstaltung der SOZAK und der BRAK mit Fabio Polly (Ö1-Außenpolitik-Redakteur) und Georg Hoffmann-Ostenhof (Außenpolitik-Journalist des Nachrichtenmagazins Profil) 10.11.2016 über „USA nach den Wahlen“. Es wurde dabei über die Gründe und Strategien der Wahlwerber, die für das Ergebnis ausschlaggebend waren gesprochen, wie auch über die Frage, welche Auswirkungen die Wahl Trumps auf die USA, Europa und Österreich haben könnte.

Gemeinsam mit GPA-djp, ProGe, youunion, vida, und ÖGB wurde von der Abteilung Betriebswirtschaft am 24.11.2016 die Tagung "Die Zukunft der Arbeit – Bestimmt mit uns! Strategien und Optionen für die Betriebliche Mitbestimmung" mit über 300 TeilnehmerInnen veranstaltet. PartnerInnen waren Hans-Böckler-Stiftung, die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) und die Fachzeitschrift „Computer und Arbeit“. Im Rahmen des Begriffes einer „neuen Arbeitswelt“ mit seinen Konzepten von Industrie 4.0, Big Data, Smart Industries etc. ging es um Fragen, was diese Begriffe für die betriebliche Realität bedeuten, welche Szenarien möglich sind und wie ArbeitnehmerInnen und deren Vertretungen die Zukunft gestalten wollen? Die Veranstaltung wurde mittels Livestream übertragen, zusätzlich wird eine Video-Kurzfassung angefertigt und die Ergebnisse in Form einer Broschüre nachhaltig gesichert. Auf der Homepage (<http://wien.arbeiterkammer.at/mitbestimmung40>) befindet sich eine umfassende Dokumentation (Artikel, Studien, Vortragsfolien, Videos, Texte).

Schließlich erwähnt **Bröthaler** noch eine sehr erfolgreiche Kooperationsveranstaltung der AK mit den Jugendorganisationen von DGB und ÖBG, der Hans-Böckler-Stiftung und der Uni-Wien am 10.11.2016 unter dem Titel "Arm trotz Arbeit und keine Chance auf einen guten Job. Was Hartz IV damit zu tun hat und was die Jugend dazu sagt". Wenn Hartz IV auch in Österreich gefordert wird und der Niedriglohnsektor auf deutsche Dimensionen ausgebaut werden soll, so muss man sich die Fragen stellen, was bedeutet Hartz IV und Niedriglohnarbeit gerade für jüngere ArbeitnehmerInnen in Deutschland und was würde ein Hartz IV in Österreich bedeuten, für die Betroffenen und für den Arbeitsmarkt? Diese Fragen wurden – auf Einladung der österreichischen und deutschen Gewerkschaftsjugend – mit Fachleuten aus dem DGB, der Hans-Böckler-Stiftung, Universität Wien und den KollegInnen Ilse Leidl-Krapfenbauer und Sepp Zuckerstädter diskutiert. Während der Veranstaltung waren über die vor Ort Anwesenden hinaus zusätzlich 83 Personen über Livestream

mit dabei (aus Österreich, Deutschland und auch aus Ungarn). Ergebnisse, Mitschnitte und Berichte über die Veranstaltung finden sich auf <http://wien.arbeiterkammer.at/hartzIV>.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner berichtet einleitend, dass der Ministerrat am 25.10.2016 ein von der New-Deal-Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Arbeit“ vorgelegtes Maßnahmenpaket beschlossen hat. Abgezielt wird dabei auf die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch Anreize zu neuen privaten und öffentlichen Investitionen, Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktakteure durch zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen und das Bekämpfen der Jugendarbeitslosigkeit (Ausweiten der Ausbildungsgarantie bis 25). In der den Vorstandsmitgliedern zugegangenen Unterlage sind die vorgesehenen Maßnahmen aufgelistet und kurz beschrieben.

Die stellvertretende Direktorin informiert mit Bezugnahme auf die Registrierung der Gesundheitsberufe, dass GÖG, BMGF und AK derzeit an den elektronischen Abläufen arbeiten. Wenn diese feststehen, wird mit der Implementierung der Organisationsabläufe in die AK begonnen. Bestehende Erfahrungen aus anderen organisatorischen Abläufen (AK Wahl, Terminverwaltung, Erstinformation) sollen berücksichtigt werden. Das BMGF setzt einen Registrierungsbeirat als Beratungsorgan für das BMG und die Behörden ein. Aktuell sind AK und ÖGB aufgefordert Mitglieder und Ersatzmitglieder zu nominieren. Da das Gesundheitsberuferegister-Gesetz für die optimale Umsetzung der Registrierung noch Ergänzungsbedarf hat, strebt das BMGF für das 1. Quartal 2017 eine Novelle an. Das betrifft insbesondere die bereits jetzt vorgesehene elektronische Meldung jener ArbeitgeberInnen, die erwähnte Berufsangehörige beschäftigen. Diese ArbeitnehmerInnen sind als Berufsangehörige zu kennzeichnen, damit eine Vorsortierung der AK-Mitglieder erfolgen kann. Ein weiterer Punkt der Novelle betrifft den Zeitrahmen für die Bestandsregistrierung. Dieser soll um sechs Monate auf 18 Monate (bis 30.6.2019) verlängert werden. Die Registrierung von mehr als 100.000 Personen innerhalb eines Jahres wird als überambitioniert eingeschätzt. Ziel der AK ist es die Registrierung transparent, bürgernah und unbürokratisch durchzuführen und damit zufriedene SpezialistInnen in diesen Gesundheitsberufen bewirken.

Kundtner erinnert, dass die AK im Rahmen der Verhandlungen zum Finanzausgleich eine verstärkte Umstellung auf Aufgabenorientierung – im Sinne von mehr Geld für eine bessere Leistungserbringung - forderte. In einem ersten Schritt sollte diese Verknüpfung im Bereich der Kinderbetreuung hergestellt werden: Demnach erhalten die Gemeinden einen fixen Zuschuss pro betreutem Kind (oder angebotenen Platz) differenziert nach Alter der Kinder, Öffnungszeiten etc. Das KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) erstellte vor diesem Hintergrund im Auftrag der Arbeiterkammer Wien die Studie „Aufgabenorientierter Finanzausgleich am Beispiel der Kinderbetreuung“. Damit wurden konkrete Modelle und Umsetzungsvarianten vorgelegt, die auch in die Diskussion eingebracht wurden. Das Pilotprojekt in der Elementarbildung sollte in Folge auch als Vorlage für die Umstellung anderer Bereiche auf eine aufgabenorientierte Finanzierung dienen. Im nunmehr beschlossenen "Paktum über den Finanzausgleich 2017" ist der Einstieg in eine Aufgabenorientierung bei der Elementarbildung und den Pflichtschulen vorgesehen: Aus Sicht der AK ist der Einstieg in die Aufgabenorientierung zu begrüßen. Positiv ist auch, dass zusätzlich zur Elementarbildung auch der Pflichtschulbereich erfasst ist. Damit bietet sich auch die Möglichkeit für einen ersten Einstieg in die Umsetzung des Chancenindex – sprich: die Verteilung der Mittel nach sozialen Kriterien. Allerdings gibt es noch einige Kritikpunkte und viele offene Fragen. So ist etwa kritisch zu bewerten, dass in der Elementarbildung offenbar keine Entflechtung der Transfers zwischen Ländern und Gemeinden

erfolgen soll. Offen ist zudem, ob die Verteilung der Mittel nach der Zahl der Kinder erfolgen soll – was aus Gründen der Effizienz eindeutig zu bevorzugen wäre – oder nach Gruppen. Ebenso unklar ist, welche Mittel genau bei den Pflichtschulen enthalten sind, da zwar die Schulerhaltung, nicht aber das Personal bei den Gemeinden liegt. Außerdem sollte aus Sicht der AK die Regelung nicht ohne Befassung des Parlaments erfolgen und nicht nur über eine Verordnung des BMF.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Eingehend auf den Fahrplan zu einer Finanztransaktionssteuer teilt **Kubitschek** mit, dass offiziell zwar der Dezember 2016 für die definitive Entscheidung über die Einführung der FTS angegeben wird, jedoch Verzögerungen bei der Beschlussfassung genauso wenig auszuschließen sind wie sogar ein Scheitern der Verhandlungen. Derzeit besteht über folgende zentrale Eckpunkte Einigkeit:

Vom Anwendungsbereich der Steuer werden erfasst Aktien und Anleihen, Derivate, Swaps und Futures. Für den Handel von Aktien und Anleihen ist ein Steuersatz in Höhe von 0,1 Prozent und bei Derivaten von 0,01 Prozent vom Wert dieser Papiere vereinbart worden. Bestimmte Derivat-Geschäfte (wie sogenannte Repos, Repurchase Activities sowie Transaktionen von Debt Management Agencies) sind vom Anwendungsbereich der Steuer ausgenommen. Die Auswirkungen auf Pensionsfonds und auf die Realwirtschaft werden noch analysiert. Im günstigsten Fall könnte die Finanztransaktionssteuer ab 2018 eingehoben werden.

Eine vom Budgetdienst des Österreichischen Parlaments durchgeführte Studie über die Umsetzung der Konsolidierung in Österreich 2011-2014 kommt zu folgenden Erkenntnissen: Eine ausgewogenere Konsolidierung bringt Österreich besser durch die Krise, einkommensbezogene Steuern liefern den größten Beitrag auf der Einnahmenseite, ausgabenseitig wird v.a. bei den öffentlich Bediensteten des Bundes gespart, die niedrigen Zinsen entlasten ebenfalls, angekündigte Reformen finden nicht immer statt: Keinen signifikanten Rückgang gab es trotz Ankündigung in allen drei Konsolidierungspaketen bei den Förderungen.

Der nunmehr in Begutachtung ausgesandte Entwurf einer Gewerbeordnungsnovelle 2016 vom 4.11.2016 bleibt weit hinter den Vorgaben des Ministerratsvortrags: Hinsichtlich der Liste der 80 reglementierten Gewerbe findet keine Liberalisierung statt. Das federführende Wirtschaftsministerium wollte ursprünglich die sozial- und konsumentenpolitisch sensiblen Gewerbe Arbeitsvermittlung, Arbeitskräfteüberlassung und Unternehmensberatung (Vermittlung von Arbeitskräften) sowie Reisebüros und Inkassobüros freigeben, dies wäre aus Sicht der AK hoch problematisch gewesen. Nunmehr sieht der Gesetzesvorschlag eine Freigabe von 19 der 21 Teilgewerbe vor. Das "einheitliche freie Gewerbe" wird nicht eingeführt – als Alternative schlägt der Gesetzesentwurf eine Ausweitung der „Nebenrechte“ vor (Gewerbetreibende darf eingeschränkt Tätigkeiten eines anderen freien oder reglementierten Gewerbes übernehmen). Die Begutachtungsfrist läuft bis zum 6.12.2016. Es ist nicht auszuschließen, dass weitere Verhandlungen zur Freigabe reglementierter Gewerbe oder zur Einführung eines „einheitlichen freien Gewerbes“ stattfinden. Die AK ist grundsätzlich für eine Weiterentwicklung der Gewerbeordnung, mit Rücksichtnahme auf die Qualität der Lehrlingsausbildung, die hohen Standards im KonsumentInnenchutz und die ArbeitnehmerInnenrechte.

Die AK veranstaltete in Kooperation mit dem europäischen Gewerkschaftsinstitut die 1. Europäische Konferenz gewerkschaftsnaher ÖkonomInnen am 22. und 23.9.2016 in der AK Wien. Thematisch

stand bei dieser Konferenz die wirtschaftspolitische Ausrichtung insbesondere der Eurozone am Programm. Das umfasste einerseits die eigenen Schwerpunkte wie Beschäftigung, Verteilung und Demokratisierung, andererseits den von den dominanten Kräften vorangetriebenen weiteren Umbau zur Spar- und Wettbewerbsunion. Die neue wirtschaftspolitische Steuerung wird von der europäischen Ebene und den vier großen Ökonomien der Eurozone, auf die zusammen $\frac{3}{4}$ der Wirtschaftsleistung entfällt, dominiert. Dementsprechend war auch die Zusammen-setzung der TeilnehmerInnen (angelehnt an die vom EGB-Vizevorsitzenden Peter Scherrer formulierte Strategie der Interessendurchsetzung in Form koordinierten gleichzeitigen Drucks auf EU-Kommission und nationalstaatliche Regierung). Es kamen letztlich 41 TeilnehmerInnen, davon 5 von der europäischen Ebene, 5 aus Deutschland, 4 aus Spanien, 3 aus Frankreich, je 2 aus Italien, Griechenland und Ungarn sowie je eine Person aus Holland, Belgien, Irland, Tschechien sowie Dänemark – und 13 aus Wien selbst. Wichtig ist, dass damit nun die Vernetzungsaktivitäten auf europäischer Ebene eine höhere Priorität bekommen.

Die stellvertretende Direktorin berichtet sodann von der PendlerInnenbefragung der AK, an welcher rd 2.000 Bahn-PendlerInnen teilnahmen. Rd 1.300 von ihnen (also fast $\frac{2}{3}$) gaben an, dass sich für sie das Angebot verschlechtert habe. Unmut erzeugen vor allem geänderte Abfahrtszeiten (mehr als die Hälfte der ArbeitnehmerInnen hat vom Dienstgeber fix vorgegebene Dienstzeiten und tut sich daher schwer, sich an solche jährlichen Änderungen anzupassen), längere Fahrtzeiten und ein zu geringes Angebot. Insgesamt fordern 90 % der PendlerInnen mehr Angebot, vor allem in der Früh und am Abend. Insbesondere an der Ostbahn und der Pottendorfer-Linie sind die fehlenden Abendverbindungen ein Problem. Da von einem guten Bahnangebot für die PendlerInnen in der Ostregion die Mitglieder aller drei betroffenen Länderkammern profitieren, präsentierten die AK Präsidenten von Wien, Niederösterreich und Burgenland in einer Pressekonferenz am 19.10.2016, die Ergebnisse der PendlerInnenbefragung und Forderungen für ein besseres Bahnangebot in der Ostregion. Abschließend macht **Kubitschek** darauf aufmerksam, dass der AK Pendlertag der AK Wien am 7.12.2016 stattfindet, denn der neue Fahrplan tritt am Sonntag, den 11.12.2016 in Kraft. Im Rahmen des AK Pendlertages verteilt und versendet die AK Wien 120.000 Informationsbroschüren mit Fahrplänen der relevanten Bahnverbindungen in der Ostregion. Da die ÖBB nur noch Streckenfahrpläne anbietet und der Verkehrsverbund mit diesem Jahr die Produktion von Fahrplanheften ebenfalls einstellt, ist unser kostenfreier Fahrplanauszug für die gesamte Ostregion ein gern nachgefragtes Informationsangebot für die Bahn-PendlerInnen. Am AK Pendlertag selbst werden von rd 120 KollegInnen der Gewerkschaft vda und der AK Wien rd 90.000 Stück an 17 Wiener Bahnhöfen und U-Bahn Umsteigeknoten verteilt. Auch heuer wird Präsident Kaske die Verteilung am Hauptbahnhof unterstützen.

Auf Frage von **Stein**, die das Treffen gewerkschaftsnaher ÖkonomInnen sehr wichtig hält, erläutert **Kubitschek**, dass es bei diesem ersten ÖkonomInnen-Treffen vor allem darum ging die Vernetzung einmal anzubahnen, einen verbesserten internen Austausch anzuregen um sich in Zukunft auch inhaltlich abstimmen zu können. **Kubitschek** wird **Pörtl** die Liste der TeilnehmerInnen übersenden. Auf Frage von **Brandtner** nach den konkreten Ergebnissen der PendlerInnenbefragung erklärt **Kubitschek**, dass ein sehr guter Dialog mit den ÖBB besteht und es immer wieder gelingt Forderungen der PendlerInnen auch durchzusetzen.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

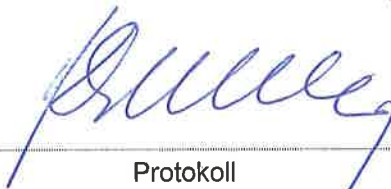
Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Kaske** mit den besten Feiertagswünschen die Sitzung um 13:35 Uhr.



Der Präsident



Der Direktor



Protokoll